

Rückschritt in Serbien

Dušan Reljić

Beste Aussichten, am 13. Juni 2004 die erste Runde der serbischen Präsidentenwahl für sich zu entscheiden, hat der Kandidat der extremistischen, national-populistischen Serbischen Radikalen Partei (SRS), der Bautechniker Tomislav Nikolić (52). Im sogenannten demokratischen Lager hat man sich trotz der befürchteten verheerenden innen- und außenpolitischen Folgen eines etwaigen Wahlsiegs von Nikolić nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können. Im Gegenteil: Der hemmungslose Streit der gespaltenen Wendepolitiker fördert Politikverdrossenheit in breiten Kreisen der Bevölkerung und stärkt die Radikalen. Im Vorfeld der bevorstehenden Wahl sollte der Westen einerseits vermeiden, durch überzogene Sympathiekundgebungen für den von EU und USA bevorzugten Kandidaten, den Vorsitzenden der Demokratischen Partei (DS), den Psychologen Bojan Tadić (46), eine Trotzreaktion der Wähler zu provozieren. Andererseits müßte der Westen, angesichts der Schlüsselrolle Serbiens für die Region, mit einer wohlgedachten Kombination von Anreizen und Androhungen die Voraussetzungen zur Stabilisierung dieses Landes schaffen.

Obwohl die Macht des serbischen Präsidenten begrenzt ist, wird der Ausgang der Wahl im großen Ausmaß das künftige politische Klima bestimmen. Ein bekannter politischer Kommentator beschrieb die herrschende Situation in einem Beitrag mit der Schlagzeile: »Barbaren vor der Tür«.

Barbaren vor der Tür

Die SRS bietet den Protestwählern ein Ventil, um die Frustration sowohl über die als korrupt und unfähig erlebte politische Klasse wie auch über den Westen zu äußern. Dem Westen wird eine grundsätzlich anti-serbische Haltung vorgeworfen,

die sich zum Beispiel in der Unterstützung des albanischen Separatismus in Kosovo oder in Einseitigkeit im Kontext der Haager Kriegsverbrecherprozesse zeige. Mit einer entsprechend populistischen, chauvinistischen und anti-intellektuellen Rhetorik gelingt es dieser Partei, viele zornige Wähler einzufangen. Besonders erfolgreich ist sie bei weniger gebildeten Wählern und in ländlichen Gebieten. Sie erhält aber auch Unterstützung in anderen Bevölkerungsschichten und Regionen.

Die Gegner der SRS fürchten, daß ein Sieg von Nikolić nicht nur erneute westliche Strafmaßnahmen nach sich ziehen könnte, sondern auch die Wiederkehr von

Repressionen gegen Andersdenkende. Die Erinnerung an die Hochphase der Willkürherrschaft in Serbien Ende der neunziger Jahre ist nach wie vor wach. Damals gewährte Milošević dem Radikalen-Chef Vojislav Šešelj Zugang zur Regierung – zuvor hatte er ihn des öfteren für kürzere Zeitabschnitte einsperren lassen. Šešelj hat sich Anfang 2003 freiwillig dem Haager Kriegsverbrechertribunal gestellt, nachdem er mit einer bevorstehenden »blutigen Zeit« in Serbien gedroht hatte. Kurz darauf wurde Serbiens Premierminister Zoran Đinđić ermordet. Seitdem gab es immer wieder Hinweise auf eine mögliche Komplizenschaft Šešeljs mit den Mördern, aber bis jetzt wurde im Prozeß gegen die Angeklagten dafür noch kein stichhaltiger Beweis geliefert.

Zerstrittene Demokraten

Da im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen erreichen dürfte, wird es am 27. Juni eine Stichwahl geben. Die Meinungsforscher sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen Nikolićs mit einem der beiden demokratischen Kandidaten voraus: Tadić, der Đinđićs Nachfolge als Vorsitzender der Demokratischen Partei (DS) antrat, oder dem national-konservativen Kandidaten der Minderheitsregierung, dem Betriebswirt Dragan Maršićanin (54). Maršićanin ist Vize-Chef der Demokratischen Partei Serbiens (DSS), die von Premier Koštunica geführt wird. Ihm werden als Herausforderer von Nikolić marginale Vorteile gegenüber Tadić eingeräumt. Maršićanin ist für viele wohl leichter hinnehmbar als der liberale und vom Westen offenbar bevorzugte Tadić. In der Frühphase des Wahlkampfes wurde Tadić mit offenen Armen in Washington und den westeuropäischen Hauptstädten empfangen. Er reiste aber auch nach Moskau und Banja Luka, in die Republika Srpska. Kurz danach empfingen ranghohe Abgeordnete der Moskauer Duma indes auch den Kandidaten der Radikalen, Nikolić.

Sollte Tadić in die zweite Runde gelangen, dann werden seine Aussichten in erster Linie von der Wahlempfehlung des Premiers und DSS-Vorsitzenden Koštunica abhängen. Der Premier betonte bisher vor allem seine »Äquidistanz« zu SRS und DS. Die radikale SRS verkörpert in seinen Augen nach wie vor das frühere Regime, während er die DS als nicht trockengelegten Korruptionssumpf ansieht. Für den Ministerpräsidenten wäre eine »Kohabitation« mit Tadić schwer erträglich. Denn im Unterschied zum Premier versucht Tadić, sich als der Fortsetzer des Lebenswerks von Đinđić darzustellen, der die Demokratische Partei vor dem moralischen Verfall bewahrt habe. Obwohl Đinđić schon mehr als ein Jahr tot ist, scheinen Koštunica und seine Partei immer noch einen wesentlichen Teil ihrer Energien darauf zu verwenden, das politische Erbe des ehemaligen Hoffnungsträgers Serbiens zunichte zu machen, vor allem die Bemühungen um eine energische Öffnung gegenüber dem Westen.

Ob sich Koštunica überwinden wird, Tadić bei der Stichwahl zu unterstützen, ist offen. Allzu vergiftet ist sein Verhältnis zur Demokratischen Partei und allzu eindeutig sein Bestreben, aus dem Reservoir der rechtsgerichteten Wähler neue Kraft für sich zu schöpfen. Kritiker sprechen sogar von einer schleichenden Restauration des früheren Regimes, die Koštunica angeblich betreibt. Sie stützen diesen Vorwurf unter anderem auf die schleppende Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal, die Bereitschaft, kompromittierte Akteure wieder salonfähig zu machen, und die immer prominentere Rolle, die der Orthodoxen Kirche seitens der Regierungsspitze zugewiesen wird.

Überfällige wirtschaftliche und finanzielle Reformen hat Koštunica seinem Juniorpartner in der Minderheitsregierung überlassen, der liberalen Gruppierung G17 Plus. Die beiden führenden Politiker dieser Partei, der stellvertretende Regierungschef Miroljub Labus und der Finanzminister Mladen Dinkić, treten zwar bei Maršićanins

Wahlkundgebungen in Erscheinung, befürworten aber eine Einbeziehung der Demokratischen Partei in die Regierung. Für den Fall eines Sieges des Radikalen-Kandidaten haben sie ihren Rückzug aus der Regierung angekündigt. Je mehr Koštunica und seine Anhängerschaft mit den tradionalistischen und nationalistischen Kräften liebäugeln, desto tiefer wird die Kluft zwischen ihnen und den Reformisten von G17 Plus.

Gleichzeitig wächst die Distanz zum anderen Koalitionspartner, der monarchistischen Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO), und ihrem Chef Vuk Drašković, dem Außenminister von Serbien und Montenegro. Drašković befürwortet den Beitritt Belgrads zur Nato und setzt sich für die volle Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal ein. Dadurch ist er zum roten Tuch für die Radikalen und für andere Nationalisten in Serbien geworden – ohne von Koštunica auch nur die geringste Unterstützung zu erhalten. Kaum jemand glaubt, daß Koštunicas brüchige Minderheitsregierung noch lange Bestand haben wird. Viele Analytiker sagen Parlamentsneuwahlen noch vor Jahresende voraus.

Der Hauptangeklagte stellt sich

Das politische Leben in Serbien stand ebenso wie der Präsidentschaftswahlkampf vor einer dramatischen Wende, als sich am 2. Mai der Hauptangeklagte im Prozeß gegen die mutmaßlichen Mörder Đinđić stellte, nachdem er 14 Monaten abgetaucht war. Der frühere Chef der paramilitärischen Sondertruppe der Geheimpolizei JSO, Milorad Ulemek (genannt »Legija«, wegen seiner früheren Mitgliedschaft bei der Französischen Fremdenlegion), soll am 10. Juni, unmittelbar vor dem ersten Wahlgang, zum ersten Mal aussagen. Seine Anwälte streuen Gerüchte, wonach sich ihr Mandant entschlossen hatte, sich dem Gericht zu stellen, weil er Vertrauen in die neue Regierung habe. Gleichzeitig wird in einigen Belgrader Skandalblättern, denen Kontakte zu den Geheimdiensten und

der Unterwelt nachgesagt werden, immer eifriger an der Theorie gestrickt, daß Đinđić in Wahrheit von westlichen Geheimdiensten umgebracht wurde, weil er sich von den westlichen Machtzentren lossagen und einen »patriotischen« Kurs einschlagen wollte. Indizien dafür seien die Verschlechterung der Beziehungen der damaligen Regierung zum Haager Kriegsverbrechertribunal sowie die entschiedene Weigerung des Premiers gewesen, Kosovo aufzugeben.

Eine innenpolitisch bedrohlich angespannte Situation trat dazu noch ein, als am 15. Mai zwei verummte Männer die Schwester Đinđićs vor ihrem Haus in einer serbischen Kleinstadt überfielen, peinigten und ihr schließlich ein Betäubungsmittel spritzten. Vor diesem Ereignis gab es mehrere andere Vorfälle, die Serbien erschauern ließen, weil sie an die Zeit vor der Ermordung von Premier Đinđić erinnerten. Damals konnten dunkle Gestalten aus der kriminellen, geheimdienstlichen und politischen Unterwelt anscheinend ungehindert ihren schlimmsten Umtrieben nachgehen.

Entwicklungsrückstand

Serbien ist offenbar noch weit entfernt von einer innenpolitischen Stabilisierung und einem Schulterenschluß der demokratischen Kräfte, der für die Bewältigung der gewaltigen Probleme des Landes notwendig ist. So hat die albanisch dominierte Regierung Kosovos für den Herbst 2005 einseitige Maßnahmen angekündigt, sollte bis dahin der Status der südlichen Provinz Serbiens, die seit Juni 1999 unter UN-Verwaltung steht, nicht geklärt sein. Montenegros Ministerpräsident, Milo Đukanović, drängt trotz westlicher Warnungen immer heftiger auf eine Auflösung der staatlichen Union mit Serbien, obwohl sich die Zahl der Befürworter einer Unabhängigkeit Montenegros mit jener der Anhänger einer Fortsetzung der Staatenunion die Waage hält. Außenpolitisch stockt die Annäherung an die Europäische Union, da Brüssel sich zutiefst besorgt über den innenpolitischen Rück-

fall zeigt. Daß beim Nato-Gipfel Ende Juni in Istanbul Belgrads Gesuch um Beitritt zum Programm »Partnerschaft für den Frieden« positiv beschieden wird, ist kaum zu erwarten.

Serbiens drückendstes Problem ist aber die stagnierte Wirtschaftsreform und die unzureichende Wirtschaftsleistung. Beim derzeitigen Tempo des ökonomischen Wachstums (1,5 Prozent 2003) besteht keine Aussicht, den Rückstand zur Europäischen Union deutlich zu verringern. Nach einer Analyse des Belgrader Instituts für Marktforschung hinkt die durchschnittliche technische Ausrüstung der serbischen Unternehmen 19 Jahre hinter jener von EU-Unternehmen zurück. Das Land ist mit 14,3 Milliarden US-Dollar (Stand Ende 2003) stark verschuldet. Derzeit registrieren Ökonomen Fortschritte fast ausschließlich im privatisierten Bereich, während der nach wie vor umfangreiche staatliche Sektor immense Finanzmittel verschlingt.

In den letzten drei Jahren sind in Serbien etwa 1100 Unternehmen mit rund 200 000 Beschäftigten privatisiert worden. Von ihnen haben ca. 40 000 ihre Arbeit verloren. Etwa 500 bis 700 staatliche Unternehmen in Serbien sollen noch privatisiert werden. Es handelt sich zum Großteil um verlustbringende Firmen, die viele überschüssige Beschäftigte auf ihren Gehaltslisten führen, wenn sie ihnen auch Hungerlöhne zahlen. Das monatliche Durchschnittseinkommen betrug im Januar 2004 174 Euro netto. Die Arbeitslosigkeit, jetzt nominell bei etwa 25 Prozent, dürfte in den kommenden Monaten weiter steigen.

Nur mit einer Straffung und Aufstokkung der jetzigen westlichen wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe kann der Rückschritt in Serbien aufgehalten werden. Gerade vor den Präsidentenwahlen in Serbien müßten Brüssel und die westlichen Hauptstädte unmißverständlich signalisieren, daß der Zuspruch für national-populistische Kräfte vom Schlag der SRS mit einer Steigerung der westlichen ökonomischen Hilfe unvereinbar ist. Diese Klarstellung muß direkt an Premier Koštunica

adressiert sein, denn er trägt derzeit die Hauptverantwortung für den Lauf der Dinge in Serbien.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364